

Die Machtergreifung der Eurokraten

Der Euro-Pfutschismus

Die EU ist zurzeit dabei die EU zu retten. Leider schaut es nicht danach aus, als würde die EU vor der EU gerettet, weil die EU wurde seinerzeit ja gegründet, um den kapitalistischen Wirtschaftsraum in Europa zu vergrößern, die Konzerne, Banken und Börsen wollten ein Brüssel, das nach ihrer Pfeife tanzt, und nicht 27 Regierungen, denen man einzeln den Marsch blasen muss. Hat nicht recht funktioniert, weil die Finanzrepublik Europa konnte bisher trotzdem nicht errichtet werden. Man versucht jetzt verstärkt, ein zentral gesteuertes Börseneuropa zu bilden, ein Europa der Finanzwirtschaft. Dass es trotz alledem in einem solchen Europa nicht nur Aktien und Staatsanleihen, sondern auch Menschen geben wird, ist eine unangenehme Begleiterscheinung, die den leitenden Damen und Herren noch etwas Sorgen macht. Man merkt es daran, wenn Politiker ständig sagen, man müsse den Menschen dies und das und jenes besser erklären, es verständlicher machen. Wenn man das hört, dann weiß man sofort: man will schon wieder was tun, das massiv gegen diese Menschen und ihre Interessen gerichtet ist, man will es tun, auf dass es der Finanzwirtschaft - und nur der Finanzwirtschaft - wohl ergehe auf Erden in Ewigkeit, amen.

Zur EU-Finanzkrise und den EU-Umgang damit hier wieder ein Text von Wilfried Müller:

Es fing damit an, dass sich die Politik von der Finanzlobby einseifen ließ: »Ihr müsst uns ganz viel Geld geben, sonst bricht das Finanzsystem zusammen; und wir brauchen das Geld sofort! Also her damit, dalli! Das Geld wird *benötigt!!*« Genau diesem Befehl hat die Politik gehorcht und sich nicht um solche Kleinigkeiten gekümmert, etwa wie die Geldgeschenke vergolten werden sollen. Und ob das Geld nicht anderswo *notiger benötigt* wird. Und ob man überhaupt Banken retten soll, wo doch die Rettung des Finanzsystems gemeint ist, und ob man zu diesem Behufe besser ein systemverträgliches Insolvenzverfahren für Banken machen müsste.

Nachdem die Retter dem Imperativ Das-Geld-wird-*benötigt!!* einmal gehorcht haben, sind die Schamschranken gefallen; und *siehe da, man kommt damit durch*. Bei so viel Geld steht allen der Verstand still, und da nimmt kaum jemand ernsthaft Anstoß an der Umverteilung von arm zu reich. Noch schlimmer, inzwischen sind alle süchtig danach geworden:

- die Großbanken, weil sie seit ihrer Heiligsprechung als »systemrelevant« beliebige Risiken eingehen können und die erzockten Zinsen einstreichen dürfen. Nun ja, sie dürfen nicht mehr so schlimm auf Pump spekulieren wie früher, aber dafür gibt's jetzt die Nahrungsmittelspekulation. Und wenn's schiefeht, gibt es Staatsknete satt. Die wird ja dann *benötigt!!*
- die südlichen Euro-Staaten, weil sie damit ihre Schuldenkrise auf Kosten von anderen ausbreiten dürfen. Das Geld wird ja da *benötigt!!*
- die Politiker, weil die Selbstermächtigung zum Milliardenverschieben ihnen tolle Chancen zur Selbstverwirklichung und -darstellung bringt. Noch nie hatten sie in Friedenszeiten so viel Macht und Medienpräsenz. Sie werden ja zum Milliardenverschieben *benötigt!!*

Super-Teuro

Und kaum jemand hinterfragt das. Spielt keine Rolle, wenn das Schlamassel durch die Schuld der Politik überhaupt erst angerichtet wurde. Spielt keine Rolle, wenn die Retterei es immer schlimmer macht. Nein, es geht (fast) ohne Volksaufstand ab. Bei so viel Geld steht eben allen der Verstand still, und: Das-Geld-wird-*benötigt!!* Dabei sind die Krisen politisch gemacht:

- durch Deregulierung und Laissez faire entstand der Missbrauch der Finanzmärkte, der zur *Bankenkrise* führte. Das Finanzsystem ist weltweit zum Selbstzweck geworden. Und es wird so belassen, statt die Bedingungen wieder so wie früher zu machen, damit das Geld wieder in der Realwirtschaft verdient werden muss und nicht mehr in der unnützen Derivatwirtschaft.
- durch die Missgeburt Euro wurde die Bankenkrise von der *Euro-Krise* getoppt, denn der Euro war von vornherein ein Abenteuer mit unkalkulierbaren Risiken, die ohne Not eingegangen wurden. Der Euro ist konzeptionell vermurxt und widersetzt sich auch den Nachbesserungen. Er wird dadurch nur zum *Super-Teuro* aufgerüstet.

Die Retterei vergrößert den Schaden immer mehr, weil das Geld nicht in die Restrukturierung geht, sondern in Subventionen, die insolvenzreife Strukturen künstlich am Leben erhalten. Das gilt nicht nur für die Investmentbanken, die komplett abgeschafft gehören, weil sie keinen volkswirtschaftlichen Nutzen haben und trotzdem Rettungsgeld absaugen. Es gilt genauso für marode staatliche Strukturen. Laut *Fiskalpakt* sollten sich die ändern, aber der Fiskalpakt gehört in die Rubrik Religion und nicht Realpolitik.

Nach den griechischen Erfahrungen können höchstens noch papsttreue Gläubige an die Wirksamkeit von Euro-Stabilitätsschwüren glauben. Alle anderen sehen, wie wenig Substanz Euro-Versprechungen und -Gesetze haben, und wie falsch der europolitische Sparzwang wirkt. Es wird nur denen was abgeknapst, die sich nicht wehren können, während die privilegierten Leute verschont bleiben. Das heißt dann *Kaputtsparen*, fordert Massenproteste heraus und muss mit neuen Investitionen zur Wirtschaftsankurbelung wegsubventioniert werden - und die Eurokraten haben beliebig viele von solchen Subventionsideen in petto.

Konkursschwankungsrisiken

So wird eine Menge Schaden angerichtet, und im Endeffekt wird gar nicht gespart. Verschlimmert wird es durch die politisch gewollte Konkursverschleppung, die den ökonomischen Sachzwang der Insolvenz durch politische Willkür ersetzt. Statt der logischen Folgen der Misswirtschaft gibt es politischen Kuhhandel, was den unmittelbaren inneren Reformdruck vergeudet und ihn eintauscht gegen von außen hereingetragene Zwänge, die der wetterwenderischen politischen Willkür folgen. Das könnte man aus gegebenem Anlass *Konkursschwankungsrisiken* nennen.

Wo nicht ökonomische Kausalität herrscht, sondern politische Willkür, da eröffnen sich obendrein große Erpressungspotentiale; *die Willkür könnte ja etwas anders ausfallen und dem Erpresser zum Vorteil gereichen*. Querlegen kann sich praktisch jeder (außer den betroffenen Bürgern), und die Euro-Länder haben enorme Druckmittel: Berechtigung zum Euro-Drucken de facto ohne Limit und ohne möglichen Zwangsausritt. Weil die Euro-Schuldnerländer Mitspracherecht haben, nutzen sie das verständnisinnig aus, um sich gegenseitig zu schonen. Als ob das noch nicht schlimm genug wäre, kommen dazu noch die Kollateralschäden aus der Konkursverschleppung wie Kapitalflucht (500. Mrd Schaden), Target-2-Kreditüberlauf (1 Bio. Schaden), Belohnung von Fehlverhalten (unermesslicher Schaden) und der miese Wirkungsgrad von Subventionen überhaupt.

Also lauter Punkte, die gegen die eurokratische Retterei sprechen - und jetzt soll das permanente Retten zum Standard werden. Das Versagen des Euro soll mit dem Schaffen der Euro-Finanzunion belohnt werden: *die Euro-Schulden sind für alle da*.

Pfutschismus

Man mag sich das kaum vorstellen. Die Leute, die ohne Not Risiken eingegangen sind, die sie nicht beherrschen, wollen in der Not, die sie damit heraufbeschworen haben, noch abenteuerlichere Risiken eingehen. Die einzige Grundlage, die einem für sowas einfällt, heißt OPM, *other people's money*. So eine Wirtschaft ist wirklich nur denkbar mit fremder Leute Geld - und weil *people* nicht nur *Leute*, sondern auch *Volk* heißt, wird OPM hier in eine neue Dimension übersteigert, denn es geht um das Geld fremder Völker.

Mit diesem Geld wollen die Leute, die eins nach dem anderen verpfuscht haben, noch viel mehr pfuschen und eine Finanzunion um den verpfuschten Euro herum pfuschen. **Das verlangt nach der angemessenen neuen Bezeichnung Pfutschismus, die sich aus Pfusch und Geld futsch zusammensetzt.** Und *-imus* steht für die Ignoranz, die den -ismen gemeinsam ist. Denn selbstredend ist der Volkswille bei den Eurokraten nicht gefragt, und die ökonomische Vernunft schon gar nicht. Alles folgt dem Prinzip der Rettungspolitik, die in Wirklichkeit ein politischer Machbarkeitswahn ist. Als ob sich mit finanzpolitischer Steuerung die passende Wettbewerbsfähigkeit für den ganzen Euro-Raum herbeiregieren ließe.

Da kann die Politik aber nur Rahmenbedingungen setzen, während die eigentliche Arbeit von den Wirtschaftsunternehmen geleistet werden muss. Ob die das können, hängt von vielen anderen Faktoren ab, die sich der politischen Steuerung entziehen. Am sogenannten »Aufbau Ost« über die *Treuhand* hat man ja gesehen, wie teuer das Dogma *Sofort-gleiche-Währung-für-alle* werden kann, und wie wenig Gutes der politische Wille trotz der Milliardenverschieberei schafft. Da wurde statt Wettbewerbsfähigkeit das fächendeckende Plattmachen der Ost-Industrie erzielt.

Krisenstabilisierung

Aber nachdem es mal ohne schwerste Beanstandungen in diese Richtung gelaufen ist, werden wir die Retterei wohl nie mehr los. Solange sich der Pfutschismus ohne Massenproteste durchsetzen lässt, wird es damit weitergehen. Es werden immer neue überoptimistische Bürokraten-Projekte angeleiert, und wenn die Realität sie einholt, wird drauflosgerettet. Denn dann ist ja Krise, und nur in der Krise bewegt sich politisch noch was. Sobald der Anfang gemacht ist, verschafft sich der Pfutschismus die Lizenz zum Pfutschismus selbst. Die Retterei macht alles immer schlimmer und braucht in der Folge immer mehr Retterei. Je mehr Subvention und Umverteilung, desto unwirtschaftlicher; dem begegnet man mit noch mehr Subvention, also noch unwirtschaftlicher, undsoweiter.

Noch furchtbarer ist die Aussicht auf den Gigantomanius, der damit gefördert wird. Die Finanzinstitute wollen alle ins Paradies der Systemrelevanz vorstoßen, sie werden von diesem Fehlanreiz quasi ins größtmögliche Risiko gezwungen. Genauso müssen die politischen Projekte auf größtmögliches Krisenpotential ausgelegt werden, denn sobald es kriselt, darf der Pfutschismus unbehelligt mit seinen Rettungsanstrengungen einsetzen. Dann können die Machtpolitiker auf der Welle der Milliardenverschieberei surfen, vorbei an lästigen Parlamenten und verarschten Wählern.

ESM ist weiblich

Den Wählern verkauft man die **ESM** als »Europäischen Stabilitäts-Mechanismus«, auch wenn sie von Rechts wegen »Europäische Schulden-Maschine« heißen müsste, oder noch konkreter »Bankenbeglückungsunion«. Zu den Herren der Welt in Wall Street und London City kommen nun die ESM-Gouverneure dazu. Das sind Eurokraten, die sich mit der ESM einen rechtsfreien Raum schaffen, wo sie ihren Pfutschismus ungestört und unkontrolliert betreiben können. Bei der ESM sind die Geberländer unterrepräsentiert, d.h. ihre Vertreter können von den anderen nach Belieben überstimmt werden. Da kann sich die Mehrheit die Gelder selbst bewilligen, und wenn sie ihre Lieblingsbanken oder sich persönlich bereichern wollen, bittesehr, dem steht auch nichts entgegen.

ESM bedeutet neue Pfründe für die Euro-Finanzminister und ihre Kamarilla. Brüssel macht sich damit den Traum wahr, freien Zugriff auf das Euro-Mitgliedergeld zu erlangen, den man bisher aus guten Gründen verweigert hat. Und das nun auch noch mit einem völkerrechtlich über Generationen hinweg bindenden Vertrag, der nicht an den Bestand des Euro geknüpft ist, und der nicht so leicht gebrochen werden kann wie all die Euro-Verträge. Für die betroffenen Steuerzahler und ihre Nachkommen wird damit ein Alptraum wahr, der da heißt *unendliche Willkür der Pfutschisten*,

Die werden das Steuergeld solange steuern, bis kein Geld mehr da ist.

Am Ende bedeutet die Machtergreifung der Eurokraten den vergesellschafteten Ruin fürs Euroland, und der Super-Teuro dürfte sich letztlich als unbezahlbar erweisen. Es sei denn, jemand rettet uns vor den pfutschistischen Rettern.
